

Interview mit Paul Rechsteiner. SGB-Präsident, über Lohnschutz und unser Verhältnis zur EU.

„Im Herzen der Auseinandersetzung“

Die Gewerkschaften halten an den „roten Linien“ fest: Die flankierenden Massnahmen sind nicht verhandelbar. Paul Rechsteiner erklärt dem VPOD-Magazin, wieso. Und was aus Europa werden soll.

VPOD-Magazin: Paukenschlag zum Ende der Sommerpause. Der SGB schlegt die Tür beim Dossier „flankierende Massnahmen“ und verabschiedet sich von einem Rahmenabkommen mit der EU.

Paul Rechsteiner: Wir sind für die bilateralen Verträge mit der EU. Aber wir machen nicht mit, wenn es darum geht, den Schweizer Lohnschutz mittels 8-Punkte-Programm nach den Anforderungen der EU-Kommission herunterzufahren - und das in substanziellen Teilen, vom Kontrollmechanismus bis zum GAV-Vollzug. Und wir haben das auch klar erläutert: Unsere Position ist diejenige der „roten Linien“ des Bundesrats. Wir brauchen einen nichtdiskriminierenden eigenständigen Schutz unserer Löhne. Das ist das Erfolgsmodell der Schweiz in den letzten 20 Jahren. Die Bilateralen müssen den Berufstätigen nützen, statt ihnen zu schaden.

Und das hängt tatsächlich an diesen 8 Tagen? An dieser Anmeldefrist für entsandte Unternehmen?

Als ein Element im Kontrollsystem ist die Frist wichtig. Es wird ja dezentral durch die paritätischen Kommissionen in den Kantonen kontrolliert. Die sind nah an der Praxis. Und für diese Kontrollen bleibt schlicht nicht genug Zeit, wenn die Frist geringer ist als 8 Tage, zumal dann, wenn 2 Tage davon gleich durch ein Wochenende weggefressen werden. Dass die Kontrollen wirksam sind, kann niemand bestreiten. Wir haben, im Unterschied zu anderen Ländern in vergleichbarer Situation, unser Lohnniveau halten und bei den Tieflohnen sogar verbessern können. Noch immer werden bei 20 bis 25 Prozent der Kontrollen Lohnverstösse aufgedeckt. Die fehlbaren Firmen müssen dann nachzahlen. Und sie tun es, wenn sie weiterhin Aufträge in der Schweiz bekommen wollen und daher eine Sperre fürchten.

Besteht das Problem denn darin, dass die EU unser dezentrales, föderalistisches System nicht begreift?

Nein. Sondern: Die EU hat ihre Politik geändert. Es war ja am Anfang meines Präsidiums, 1998 bis 2000, wo wir über die Bilateralen verhandelt und die Werkzeuge des Lohnschutzes entwickelt und aufgebaut haben. Die Lohnkontrollen waren die Basis für die gewerkschaftliche Zustimmung zur Öffnung. Unser Lohnschutz entspricht dem Abkommen über die Personenfreizügigkeit. Es gibt keine Diskriminierung von EU-Bürgerinnen und -Bürgern, wenn sie in der Schweiz arbeiten. Aber 10 Jahre später hat die EU einen neoliberalen Kurswechsel eingeläutet, indem die kommerziellen Freiheiten der Firmen nun plötzlich über dem Lohnschutz stehen...

... was wohl mit der EU-Osterweiterung zu tun hat, oder?

Die Kehrtwende des Europäischen Gerichtshofs - ich denke an das absurde Laval-Urteil - hat in der Tat mit einigen Richtern aus Ostmitteleuropa zu tun, mit denen die Mehrheit kippte. Aber sie hat sich zugleich eingeschrieben in eine neoliberale Neuorientierung, die schliesslich für das gesamte Europaprojekt zur Gefahr wird. Ob dieses eine Zukunft hat, wird davon abhängen, ob die sozialen Errungenschaften wieder einen Platz bekommen.

Auch gewerkschaftsintern war und ist der europapolitische Kurs ja Gegenstand von Kontroversen.

Richtig. Der Wechsel vom Kontingenzsystem zur Personenfreizügigkeit war eine der grössten Veränderungen im Arbeitsmarkt und ein riesiger Kraftakt. Die Neuorientierung der Schweizer Gewerkschaften war entscheidend dafür. Die Bedingung dafür war das neue System des Lohnschutzes. Dieser ist für die Löhne und die Arbeitsplätze zentral. Nicht nur für jene der Schweizerinnen und Schweizer. Er schützt nichtdiskriminierend auch jene der vielen Immigrantinnen und Immigranten, die in der Schweiz arbeiten. Wenn sie schlechter bezahlt würden, zieht das alle Löhne nach unten. Mit der neoliberalen Wende wurden die Lohnkontrollen plötzlich zum Marktzugangshindernis für EU-Firmen und zu einem Verstoß gegen die Dienstleistungsfreiheit. Es kamen Reklamationen an die Adresse der Schweiz. Der Bundesrat hat sie auf Druck der Gewerkschaften pariert, er hat die „roten Linien“ festgelegt. Das Dramatische des Sommers 2018 liegt nicht darin, dass die EU-Kommission Druck macht; das tut sie seit Langem. Es liegt darin, dass zwei freisinnige Bundesräte wissentlich und willentlich die „rote Linie“ des Gesamtbundesrates überschreiten, dass sie den Lohnschutz diskreditieren und lächerlich machen. Dass Schneider-Ammann eine Gruppe einsetzt, die den Lohnschutz an die Wünsche der EU anpassen soll. Dazu haben wir Nein gesagt.

Aber lässt sich denn nicht über die Mittel sprechen, wenn am Ende die gleiche Wirkung erzielt wird? Jedenfalls stellt Cassis das so dar: Wir geben den Lohnschutz keineswegs auf, sondern versuchen, das gleiche Resultat mit einem moderneren Instrumentarium als dem von 1998 zu erreichen.

Nun, wenn der Tag lang genug ist, sagen Cassis und Schneider-Ammann beliebig viel und je auch das Gegenteil davon - ihre Glaubwürdigkeit beim Lohnschutz ist unter null. Wenn man anfängt, den Lohnschutz auf die Erfordernisse der EU auszurichten, bedeutet das, dass der freie Marktzugang für EU-Firmen das

höchste Kriterium darstellt. Seinerzeit, als wir die Verhandlungen mit der EU angingen, ging es bei den arbeitsrechtlichen Normen stets um Minimalnormen - die einzelnen Staaten waren selbstverständlich frei, darüber hinauszugehen und einen stärkeren Schutz zu etablieren. Jetzt wollen die freisinnigen Bundesräte im Gefolge der EU-Kommission das Schutzniveau absenken. Und das ist genau die Perversität, die zur antisozialen Entwicklung in der EU geführt und das gefährliche Erstarken des Rechtspopulismus gefördert hat.

Im Augenblick sieht es fast so aus, als ob Europa vor unseren Augen auseinanderbräche. Wer ausser Merkel und Macron steht denn noch dafür ein?

Wir, die Gewerkschaften. Wir haben einen positiven Bezug zu Europa. Die europäische Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg stellt historisch einen riesigen Fortschritt dar. Es lässt sich kaum vorstellen, was es bedeuten würde, wenn Europa wieder in die Logik des Nationalismus zurückfiel. Das Europaprojekt hat seine Legitimationsprobleme dort, wo seine Verliererinnen und Verlierer sitzen. Und wir Gewerkschaften müssen dringend dagegenhalten, müssen für ein Gegenprojekt eintreten zur Austeritätspolitik, wie sie nach der Finanzkrise um sich griff

Von diesem Europa geht auch eine immense Bedrohung des Service public aus. Was man am Beispiel Griechenlands sehen kann, das gezwungen wird, sein Tafelsilber zu verkaufen.

Ein starker Service public ist zentral. Nehmen wir die Bahn. Als kleines, stark vernetztes Land in der Mitte Europas hat die Schweiz automatisch eine gewisse Vorreiterrolle. Wir haben bisher erfolgreich dafür gekämpft, unser Erfolgsmodell der integrierten Bahn - einer Bahn, wo Schiene und Verkehr aus einer Hand kommen - zu bewahren.

Ja, gegenüber dem gewaltigen Liberalisierungs- und Deregulierungsstrudel ist die Schweiz in gewissen Bereichen standhaft geblieben. Auch die internationalen Buskonzerne bleiben unseren Städten ja fern, weil hier kein Blumentopf zu gewinnen ist. Dafür geht unser Postauto auf Streifzug in Frankreich, aber das ist eine andere Geschichte.

Eine Geschichte, die ihren Ursprung in den 1990er Jahren hat. Das war das Zeitalter des Weissbuchs von de Pury und Konsorten und des allgemeinen Service-public-Bashings. Damals wurden SBB, Post und Swisscom verselbständigt. Seither hat der Wind wieder zugunsten des öffentlichen Dienstes gedreht. Dabei hat der VPOD mit dem gewonnenen Referendum gegen das Elektrizitätsmarktgesetz 2002 eine wichtige Rolle gespielt. Oder nimm „unsere“ St. Galler Buschauffeurinnen und -chauffeure. Sie haben sich erfolgreich gegen die Auslagerung der Verkehrsbetriebe gewehrt - fast allein gegen den Rest der Welt. Heute ist die Verkehrskommission des Ständerats ein eigentlicher Hort der Verteidigung des Service public. Dort haben auch die Bürgerlichen aus den Regionen gemerkt, was es geschlagen hat, und verschaffen unseren Positionen solide bis erdrückende Mehrheiten.

Im Augenblick beherrscht die angebliche Flüchtlingskrise die Migrationsdebatte - und gar nicht so sehr die Arbeitsmigration. Inzwischen sind in zweien unserer Nachbarländer, die doch eigentlich zur Kern-EU gehören, Rechtspopulisten an der Macht. Und Deutschland scheint zerrissen.

Je geringer die Flüchtlingszahlen, umso lauter die Hetze. Auch die Schweizer Gewerkschaften sind durch mehrere migrations- und ausländerpolitische Auseinandersetzungen gegangen, angefangen bei der Schwarzenbach-Initiative 1970. Das waren Zerreihsproben, aus denen wir nur mit der Integration der zugewanderten Kolleginnen und Kollegen und mit dem Prinzip «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort» herausgefunden haben. Wir vertreten die gleichen Positionen wie jene der Gewerkschaften in der EU. Das gilt auch für die flankierenden Massnahmen. Deshalb erhalten wir in unserem Kampf für den Lohnschutz Solidaritätsbotschaften der ausländischen Kolleginnen und Kollegen mit dem Inhalt: «Gebt auf keinen Fall nach, ihr kämpft auch für uns!» Denn auch in anderen Ländern wird ein wirksamer Lohnschutz immer wichtiger. Der Schweiz kommt in dieser Frage wegen der hohen Löhne und wegen ihrer starken wirtschaftlichen Verflechtung eine Vorreiterrolle zu. Wir befinden uns also tatsächlich im Herzen der Auseinandersetzung.

Nun scheint es aber doch, dass sich die EU wieder etwas in unsere Richtung bewegt. Beispielsweise wurde die Entsenderichtlinie angepasst.

Die Dinge bewegen sich in unsere Richtung. Der Lohngleichheitssatz gilt heute im Prinzip auch bei der EU-Kommission. Macron hat sich dafür stark gemacht, die Entsenderichtlinie zu verbessern. Das Problem liegt indes bei deren Umsetzung - und in einem Konstruktionsfehler: Es handelt sich wie erwähnt nicht mehr um Mindestnormen, über welche die Staaten hinausgehen dürfen. Sondern um Maximalnormen, welche den Lohnschutz der einzelnen Länder beschneiden. Ein krasses Beispiel dafür ist Österreich: Auf Betreiben des EU-Generalanwalts mussten die Anmeldefristen im österreichischen Lohnschutzsystem abgeschafft werden - und prompt gibt es im Burgenland riesige Probleme mit Dumpingfirmen aus Ungarn.

Aber wenn es zu einer europapolitischen Abstimmung kommt, bei der wir mit der SVP Seit' an Seit' schreiten müssen - das wäre doch fatal.

Diese Gefahr besteht nicht. Es ist unvorstellbar, dass die Schweiz auf der bilateralen Spur weiterfahren kann, ohne dass die sozialen Interessen geschützt werden. Diese Verknüpfung war die Lehre aus dem

EWR-Nein - und sie gilt noch immer. Im Augenblick wäre man gut beraten, zunächst einmal die beiden SVP-Initiativen zu besiegen, die Anti-Menschenrechtsinitiative, die im November zur Abstimmung kommt, und die Initiative, welche die Bilateralen kündigen will. Diese innenpolitische Flurbereinigung ist notwendig. Und Aufgabe der Linken ist es bei alledem, die Interessen der Beschäftigten zu wahren, ihre Löhne und ihre Renten und gleichzeitig die Menschenrechte zu verteidigen. Gewerkschaften, die das nicht wollen oder nicht können, haben ihre Aufgabe verfehlt und ihre Legitimation verwirkt.

Interview: Christoph Schlatter.

VPOD-Magazin, 201810-01.

Personen > Schlatter Christoph. Paul Rechteinher. Interview. VPOD-Magazin, 2018-10-01